Abg. Köhler führte aus, er habe an den entsprechenden Beratungen im RSAG-Aufsichtsrat teilgenommen und werde von daher seiner Fraktion empfehlen, sowohl den Selbstkostenfestpreisen, als auch der Gebührenbedarfsberechnung zuzustimmen. Da die Fraktionsberatung aber noch nicht stattgefunden habe, werde er sich bei der heutigen Abstimmung enthalten.

Abg. Hornung erklärte, die Kalkulation sei von verschiedenen Instanzen geprüft worden. Seine Fraktion sehe keinen Grund, die Ergebnisse anzuzweifeln und werde deshalb beiden Punkten zustimmen.

Abg. Smielick betonte, besonders erfreulich sei, dass die Einnahmen aus der Fraktion Papier/Pappe/Karton wesentlich gestiegen seien und dadurch die Kostenerhöhungen in anderen Bereichen zum Teil aufgefangen werden. Dadurch werde es etwas leichter, der Gebührenbedarfsberechnung zuzustimmen.

Abg. Albrecht schloss sich im Wesentlichen den Ausführungen der CDU an. Es gebe zwar einerseits eine Erhöhung des Grundpreises, andererseits könne aber der Bürger bei restmüllbewusstem Verhalten insgesamt eine Preissenkung erreichen.

Abg. Griesert erläuterte seinen Antrag. Er sei grundsätzlich gegen eine Gebührenerhöhung, weil es nur eine Prüfungsinstanz, nämlich die Bezirksregierung, gegeben habe. Nach seiner Auffassung hätten die Gremien des Kreises selber eine Prüfung durchführen müssen.

B.-Nr. UA 7/04 **Der Umweltausschuss lehnt den Antrag des Abg. Griesert ab.**

Abst.-Erg.: **einstimmig**

B.-Nr. UA 8/04 **Der Umweltausschuss stimmt den Selbstkostenfestpreisen der RSAG für das Jahr 2005 zu. Er empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, der Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2005 zuzustimmen.**

Abst.-Erg.: **einstimmig, E. B.90/GRÜNE**